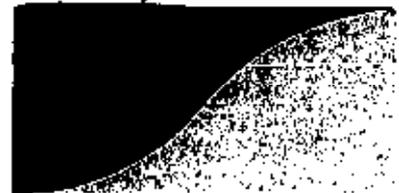


# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwipn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 886 846 ppbn d



## Inhalt

42. Jahrgang / 166

2. September 1987

Christoph Zöpel MdL nennt die wichtigsten Aspekte der künftigen Struktur des Ruhrgebiets: Gefährdet die Krise der Montanindustrie gesellschaftspolitische Innovationen?

Seite 1

Horst Isola wertet den jüngsten Vorschlag Zimmermanns für die strafrechtliche Verfolgung von Sitzblockaden: Ein Schlag ins Gesicht der Verfassungsrichter.

Seite 5

Dr. Dietrich Sperling MdB verlangt eine Neubestimmung des Verhältnisses von Wachstum und gesellschaftspolitischem Fortschritt: Wachstum als Maß?

Seite 8

### Gefährdet die Krise der Montanindustrie Innovationen?

Anmerkungen zur Diskussion um die Probleme des Ruhrgebiets und anderer alter Industrieregionen

Von Christoph Zöpel MdL

Minister für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr in Nordrhein-Westfalen

Stellvertretender Vorsitzender der SPD Nordrhein-Westfalen und Mitglied des SPD-Partelvorstandes

Seit einigen Monaten bestimmen wieder Meldungen über drohende Arbeitsplatzverluste in der Stahlindustrie und im Steinkohlenbergbau die wirtschaftspolitische Debatte in Nordrhein-Westfalen - und darüber hinaus. Diese wirtschaftspolitische Debatte ist vielfach handfest, plakativ und offen. Sie wird bestimmt durch den Widerstand der durch Arbeitslosigkeit Bedrohten - eigentlich längst überfällig in einer Gesellschaft, die an zehn bis 15 Prozent Arbeitslosigkeit gewöhnt werden soll und wohl nur möglich, weil in den Montansektoren starke und kampfgewohnte Gewerkschaften und gewerkschaftlich organisierte Belegschaften betroffen sind. Sie wird genauso bestimmt durch offensive Argumente der Unternehmen. Umweltschutz, selektive Technologiepolitik, Mitbestimmung, hohe Löhne und Sozialleistungen werden unter den Schlagworten „falsche Wirtschaftspolitik“, „Verbürokratisierung“ oder „ideologische Beeinflussung des Wirtschaftsdenkens“ (vergleiche Umfrage bei Spitzenmanagern der 500 größten Deutschen Unternehmen in der „Welt“ vom 30. Juli 1987) zu Ursachen der Krise und der schwierigen Umstellung der Ruhrgebietswirtschaft erklärt. Die Soziallasten und Umweltkosten des strukturellen Wandlungsprozesses soll nach den Vorstellungen der Montanunternehmen der Staat tragen - das heißt staatliche Beteiligung an den Sozialplänen und Beseitigung der ökologischen Altlasten mit öffentlichen Mitteln, beides einem Staat abgefordert, dessen finanzielle Handlungsfähigkeit durch Steuersenkungen weiter gemindert werden soll.

Nicht jedes Argument und nicht jede Äußerung in dieser Auseinandersetzung soll nun auf die Goldwaage gelegt oder als

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Presseshaus I/217  
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag,  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,80  
inkl. zuzügl. Mwst und Versand.

Vervielfachung  
unserer Publikationen  
Recycling-Papier



stringente Handlungsdevise der Beteiligten interpretiert werden; das gilt für Unternehmer, betroffene Gewerkschaften, Sprecher der politischen Parteien. Sorge bereitet etwas anderes: Diese Auseinandersetzung droht gesellschaftspolitische Innovationen, ökonomischen und ökologischen Fortschritt zu verschütten, oder auch plakativ formuliert: Schlagworte von Betonköpfen, die in einer Gesellschaft der Mikroprozessoren, der digitalen Kommunikation, aber auch der sich ständig weiter ausdifferenzierenden ökologischen Gefährdungen fehl am Platze sind, bestimmen öffentliche Meinung und politisches Bewußtsein.

Dabei brauchen alte Industrieregionen nichts wichtiger als Innovation. Aber: Innovationen, das heißt nicht weiter so wie bisher - mehr Straßen, mehr Flächenverbrauch, mehr Konsum et cetera; Innovationen - das ist nicht die alleinige Bewahrung eines technokratisch gedeuteten Fortschritts - wobei alles, was diesem Innovationsverständnis nicht entspricht, als Technikfeindlichkeit diskreditiert wird.

Innovationen in alten Industriegebieten - das heißt durchaus wirtschaftliche Nutzung neuer Technologien, das heißt aber auch Vermeidung weiterer ökologischer Schäden, neue soziale Beziehungen in einer reich gewordenen Gesellschaft mit viel nicht erbeitsgebundener Zeit, kontinuierliche Aufnahme sich ständig vermehrenden Wissens in lebenslanger Bildung, neue Formen der Arbeitsorganisation angesichts höherqualifizierter Arbeitskräfte bei komplexer werdenden Produktions- und Dienstleistungsprozessen.

Zu derartigen Innovationen muß es in alten Industrieregionen kommen; es kommt aber nur dazu - wenn richtige Analyse der tatsächlichen sozial-ökonomischen Probleme der alten Industrieregionen und darauf aufbauend zukunftsorientiertes Handeln erfolgte - und nicht die Wege dazu geistig zubetoniert werden.

Daher: 1. Analyse

- a) Viele Ursachen der Beschäftigungskrise alter Industrieregionen sind nicht regionalspezifisch, sie sind zwingende Folge der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung der reichen Industriegesellschaften. Diese Entwicklung ist vor allem nicht mehr ein Wachstumsprozeß mit hohen prozentualen Steigerungsraten. Wer dieses Faktum immer noch für eine unzutreffende Behauptung pessimistischer Geister oder alternativer Fortschrittsverweigerer hält, dem sei ein Beitrag Rudolf von Benningsen-Foerders in der „Welt“ vom 10. Juni 1987 empfohlen: „Wir müssen uns fragen, ob die Ansicht, die Marktwirtschaft besitze ein inhärentes Gesetz zu quantitativen Wirtschaftswachstum, nicht ein fundamentales Mißverständnis ist.“ Benningsen-Foerder nennt auch zwei Gründe für seine Auffassung, nämlich den „Entfall von zwei klassischen Wachstumsmotoren - Bevölkerungswachstum und ungesättigte Märkte“. Dem ist zuzustimmen.

Geringere Steigerungsraten der wirtschaftlichen Entwicklung in einer Gesellschaft mit produktivitätssteigernden technologischen Veränderungen, das bedeutet: Höhere Produktion wird zum großen Teil durch höhere Leistung je Arbeitsstunde erbracht, Beschäftigungseffekte gehen von Wachstumsförderung nur in begrenztem Maße aus. Für alte Industriegebiete bedeutet dies, das industrielle Neuansiedlungen nur in geringem Maße zu erwarten sind. Alte Industriegebiete sind daher mehr als jüngere Regionen angewiesen auf die Beschäftigungswirkungen zweier gesamtwirtschaftlicher Entwicklungen, des Strukturwandels hin zu mehr Dienstleistungen und der generellen Verkürzung der Arbeitszeit.

- b) Ältere Industrieregionen sind in Ihrer Struktur bestimmt durch:

- Einen hohen Anteil schrumpfender Branchen am produzierenden Gewerbe, im Ruhrgebiet des Montankomplexes einschließlich mit ihm engverflochtener Branchen,
- hohe Siedungsdichte und entsprechend hohe Flächeninanspruchnahme,



- relativ schlechte Siedlungsbedingungen,
- hohe Umweltbeeinträchtigungen und ökologische Altlasten.

Sie besitzen aber in der Regel auch:

- Eine gute wirtschaftsnahe Infrastruktur,
- industrieerfahrene Arbeitnehmer,
- große regionale Märkte für Konsum- und viele Investitionsgüter,
- seit einem guten Jahrzehnt auch ein der großen Bevölkerung entsprechendes breites Bildungsangebot von den Sonderschulen bis zu den Universitäten.

Angesichts dieser Strukturen sind Analysen ihr Geld nicht wert, die den Modellgebäuden einer raum- und luftleeren ökonomischen Theorie entsprängen. Sie wären sozialschädlich und gesundheitsschädlich, wenn sie tatsächlich umgesetzt würden.

Der Ratschlag, mehr neue Industrie- und Gewerbeflächen auszuweisen ist Unfug - ein zu 50 Prozent besiedelter Ballungsraum kann nicht so viel jungfräuliche Flächen bieten wie zu fünf Prozent besiedelte, bislang vernachlässigte ländliche Räume.

Der Ratschlag, mehr Straßen zu bauen wirkt siedlungs- und umweltzerstörerisch in Regionen mit dem dichtesten Straßennetz Europas (das Saarland und das Ruhrgebiet; die wenigsten Autobahnen in der Bundesrepublik Deutschland hat Baden-Württemberg); denn Berufsverkehr in Ballungsgebieten ist nur durch Ausbau eines leistungsfähigen schienengebundenen Verkehrssystems möglich und die Forderung nach mehr Straßen für Schwerlastverkehr ist nach Herborn und den folgenden Schwüren der Verkehrspolitik schon fast kriminell.

Der Ratschlag, Abstand zu nehmen von Umwelt- und Bauvorschriften ist menschenverachtend; denn alte Industrieregionen leiden unter den Langzeitwirkungen ökologischen Versagens früher industrieller Prozesse, vor deren Beseitigung sich die Unternehmen heute drücken. Mehr Eigentümerwillkür in alten Siedlungsgebieten führt zu Verslumung und Verwüstungen - wie an der amerikanischen Ostküste (South Bronx) und der englischen Westküste sichtbar. Das bewußte Hinnehmen von drei Jahrzehnten Stadtzerstörung, um dann wieder aufzubauen - ein radikales konservatives Konzept - bedeutet letztlich Bürgerkrieg mit anderen Mitteln - wie in den Farbigen-Gettos angelsächsischer Länder praktiziert.

Ist das übertrieben? Vielleicht; aber gegen Betonargumente helfen nur moralische Hämmer.

Vielleicht gelingt es uns auf beides zu verzichten. Dazu bedarf es einer

## 2. Politik intelligenter und sensibler Innovationen

Innovationen in alten Industriegebieten der westlichen Wohstandsgesellschaften werden aber nur gelingen, wenn die gesamtwirtschaftliche und gesamtstaatliche Entwicklung sie nicht zwangsläufig zu den ersten Verlierern der Zweidrittelgesellschaft macht.

Deshalb noch einmal: Ohne konsequente Arbeitszeitverkürzung helfen alle anderen Anstrengungen in den Regionen selbst nur wenig.

Und deshalb auch: Ohne einen handlungsfähigen Staat, der finanziell stark genug ist, Infrastrukturen zu erhalten und zu verbessern und der die Kompetenz hat, ökologische Schäden abzuwehren, haben



alte Industrieregionen keine Chancen. Wenn dieser Staat dann auch über die Mittel verfügt, die sozialen Lasten der akut von den negativen Beschäftigungswirkungen der Umstrukturierung betroffenen finanziell mitzutragen, wäre er ein handlungsfähiger Sozialstaat - aber all das geht nicht, wenn Steuersenkungen Selbstzweck werden.

#### Innovationen in alten Industriegebieten

- das ist die Nutzung technologischer Neuerungen, die in einem fast autonomen Prozeß in den Forschungseinrichtungen des Staates (Hochschulen, Forschungsinstitute) und den Entwicklungslabors der Unternehmen vorbereitet werden, für deren marktmäßige Verwertung den Unternehmen die Verantwortung aber nicht abgenommen werden kann. Hier ist staatliche Politik am wenigsten möglich. Für kleinere Unternehmen Erleichterung des Informationszugangs in Technologietransferstellen der öffentlichen Hände oder der Kammern, ja - aber warum finanzielle Förderung - angesichts des allgemeinen Wunsches nach Subventionsabbau?

#### Innovationen in alten Industriegebieten

- das ist die intelligente Verbesserung der räumlichen Standortbedingungen in dichtbesiedelten Gebieten. Staatliche und kommunale Politik muß hier - manchmal gegen den Widerstand der Unternehmen - Flächenrecycling betreiben, Altlasten beseitigen, erschließen, Infrastruktur anschließen - also Straßen, Schienen, Versorgung, Entsorgung - weiter vielleicht auch Kommunikationsnetze einrichten und gemeinschaftliche Dienstleistungen für kleinere Unternehmen anbieten.

#### Innovationen in alten Industriegebieten

- das ist die planmäßige Verbesserung der Wohnumwelt, also der alltäglichen Lebensbedingungen aller Menschen der Region. Staatliche und kommunale Politik muß hier die Infrastruktur der Wohnstraßen und Höfe, der Gemeinschaftseinrichtungen und kulturellen Angebote verbessern oder herstellen. Wohnungen dürfen nicht verfallen, ihre Standards sind der Wohlstandsentwicklung anzupassen. Imagekampagnen richten sich zu schnell selbst; der Golfplatz darf es sein, aber merkwürdigerweise wollen die Reichen auf der Fahrt dorthin nicht durch Slums.

#### Innovationen in alten Industriegebieten

- das ist Umweltvorsorge. Staatliche und kommunale Politik muß Technologien fördern, die Produktionsprozesse umweltverträglich machen. Entsorgungssicherheit ist ein unverzichtbarer Standortfaktor.

#### Innovationen in alten Industriegebieten

- das ist der Rahmen für neue Formen neuen Zusammenlebens und Zusammenarbeitens. Die hochentwickelte Industriegesellschaft mit privatem Reichtum und viel freier Zeit ist nicht mehr für die Organisationsstrukturen des Frühkapitalismus geeignet.

Auch in alten Industrieregionen sollten die Unternehmer tun, was ihre Funktion in der Marktwirtschaft ist - investieren, produzieren, verkaufen - und dabei in ihren Unternehmen möglichst viele zufriedene Mitarbeiter haben. Das gilt in alten Industriegebieten besonders für die dort bereits ansässigen Unternehmen, weil eben bei geringerem Wachstumsraten Neuanstellungen sich in Grenzen halten.

Unternehmen sollen gar nicht die Aufgaben übernehmen, die der betriebswirtschaftlichen Rationalität in der Konkurrenzwirtschaft zuwiderlaufen - Sicherung der Umwelt, öffentliche Lebensqualität in den Städten, Vermeidung sozialer Deklassierung, das sind staatliche Aufgaben. Sie stellen sich in altindustriellen dichtbesiedelten Räumen enger und konfliktträchtiger. Wenn die staatliche Erledigung dieser Aufgaben wirtschaftsfeindlich ist - dann ist die Wirklichkeit alter Industrieräume wirtschaftsfeindlich. Nur dann wäre es tragisch - daß alte Industrieräume an der Realität scheitern, weil ihr Humanpotential, Unternehmer und viele andere, nicht Innovationsfähig sind.

Diese Analyse und entsprechendes zukunftsorientiertes Handeln bestimmen die nordrhein-westfälische Politik für das Ruhrgebiet seit Beginn der 80er Jahre. Bei vielen der Strukturprobleme sind Verbesserungen erreicht. Gerade deshalb wäre ein Rückfall so tragisch.

(-/2.9.1987/st/ks)



**Ein Schlag ins Gesicht der Verfassungsrichter**

Zimmermann und Engelhard wollen kritische Bürger einschüchtern

Von Horst Isola

Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristen (ASJ)

Als einen ungeheuerlichen Versuch, kritische Bürger einzuschüchtern und von der Wahrnehmung ihrer Grundrechte abzuhalten, ist der Vorschlag von Bundesinnenminister Zimmermann zu bezeichnen, in das Strafgesetzbuch einen neuen Straftatbestand aufzunehmen. Danach soll derjenige, der unbefugt andere gezielt an ihrer Teilnahme oder ihrer Bewegungsfreiheit im Straßenverkehr behindert, mit bis zu einem Jahr Freiheitsstrafe oder Geldstrafe bedroht werden.

Die Bundesregierung, insbesondere der Innen- und Justizminister, sind offenbar beunruhigt über eine Entwicklung in der Rechtsprechung, die immer häufiger zu dem Ergebnis kommt, daß friedliche Bürger, die gewaltfreie Sitzblockaden durchführen, keine Straftäter seien und daher freizusprechen sind. Die Freisprüche erfolgen in der Regel deswegen, weil die Gerichte die Verwerflichkeit von Sitzdemonstrationen gegen die friedensgefährdende Atomrüstung verneinen. Auf die Verwerflichkeit soll es nach den Vorstellungen der Bundesregierung künftig nicht mehr ankommen: Für Zimmermann und Engelhard ist jeder friedliche und gewaltfreie Protest gegen Hochrüstung verwerflich und daher kriminell.

Damit mißachtet die Bundesregierung die Ausführungen des Bundesverfassungsgerichts vom 14. Mai 1985 (Brockdorf-Entscheidung) in krasserster Form. In dieser Entscheidung hatte das Bundesverfassungsgericht ausdrücklich darauf hingewiesen, daß in einer Gesellschaft, in welcher der direkte Zugang zu den Medien und die Chance, sich durch sie zu äußern, auf wenige beschränkt ist, dem einzelnen neben seiner organisierten Mitwirkung in Partei und Verbänden im allgemeinen nur eine kollektive Einflußnahme durch Inanspruchnahme und Versammlungsfreiheit für Demonstrationen bleibt. Demonstrativer Protest, so das Karlsruher Gericht, kann insbesondere notwendig werden, wenn die Repräsentativorgane mögliche Mißstände und Fehlentwicklungen nicht oder nicht rechtzeitig erkennen oder unter Rücksichtnahme auf andere Interessen hinnehmen. Die Versammlungsfreiheit fungiere als notwendige Bedingung eines politischen Frühwarnsystems.

Diese für eine funktionierende Demokratie und Rechtsstaat vom Bundesverfassungsgericht entwickelten Grundsätze werden von der Bundesregierung gröblichst mißachtet. Der neue Vorschlag stellt einen Schlag ins Gesicht der Verfassungsrichter dar.

Die ASJ fordert nicht nur eine Rücknahme des Vorschlags von Zimmermann, sondern eine Amnestie für alle diejenigen Bürger, die im Zusammenhang mit friedlichen und gewaltfreien Demonstrationen verurteilt worden sind. Es muß endlich Schluß sein mit der Verfolgung von politisch Andersdenkenden.

(-/2.9.1987/st/ks)

\* \* \*



Wachstum als Maß?

Der gesellschaftliche Gewinn muß Kriterium sein

Von Dr. Dietrich Sparling MdB

15 Jahre sind es mittlerweile her, daß auf der berühmt gewordenen IG-Metall-Tagung zur Qualität des Lebens (in Oberhausen 1972) Wachstum und Sozialprodukt als Maß des Fortschritts und des Wohlstandes zum ersten Mal in größerem Umfang problematisiert worden sind.

Sind wir seitdem weitergekommen? Sicher, es gibt ein gestiegenes Umweltbewußtsein, eine institutionalisierte „Umweltpolitik“, aber es gibt auch mehr und mehr Umweltbelastung und Umweltschäden. Das „wirtschaftliche Wachstum“ ist für die etablierte Wirtschaftspolitik noch immer das Maß aller Dinge und eine unkritisch verwendete Meß- und Zielgröße.

Der problembewußte Umgang mit diesen Begriffen und diesen Instrumentarium hat spürbar nachgelassen.

In ökonomischen Begriffen ausgedrückt: Gesellschaftliche Ziele werden mit einer Größe gemessen und bewertet, die wirtschaftlichen Umsatz und seine Entwicklung ausdrücken, aber nicht den gesellschaftlichen Gewinn. Weder die Lebensqualität der Gesellschaft wird angemessen ausgedrückt, noch werden die Schäden angegeben, die durch den „Wachstumsprozeß“ entstehen, zum Beispiel durch „Verbrauch“ nicht vermehrbare Naturgüter.

Wir verhalten uns als Volkswirtschaft wie ein Kaufmann, der sein Vermögen einsetzt, um Umsatz zu machen und bei der Bilanz den Substanzverlust an Vermögen vergißt.

In der Berechnung des Sozialproduktes sind Abschreibungen an Wirtschaftsgütern zwar berücksichtigt, die „Abschreibungen“ an Natur- und Lebensgrundlagen, als da sind: Belastung und Verbrauch von Boden und Wasser und Verschmutzung der Luft jedoch nicht. Ein schwacher Trost: Schäden, die reparabel sind und repariert werden, tragen über die Reparaturkosten (die reine Wiederherstellungskosten für den früheren Zustand sind) zum Sozialprodukt und zur „Wohlstandsvermehrung“ bei.

Schlimm ist zweierlei: daß so gerechnet wird und daß dies auch immer noch geglaubt wird.

Es ist an der Zeit, daß wieder stärker über den Unterschied zwischen Wachstum und gesellschaftlichem Wohlstand diskutiert wird.

(-/2.9.1987/st/ks)

\* \* \*

